

Autorenkollektiv Landesgruppe Hamburg - Mecklenburg-Vorpommern - Schleswig-Holstein

Entwicklung des ländlichen Raumes in den agglomerationsfernen Räumen

1. Vormerkungen

Der Bericht der Landesgruppe wurde durch eine Arbeitsgruppe unter der **Leitung von Herrn Dr. Peter Hajny (Schwerin)** verfasst. Mitglieder der AG waren: Herr Braune (Hamburg), Herr Braun (Neubrandenburg), Frau Dönig-Poppensieker (Greifswald), Frau Falck-Steffens (Greifswald), Herr Prof. Krüger (Hamburg), Herr Dr. Lack (Güstrow), Frau Prof. Pahl-Weber (Hamburg), Herr Resch (Neubrandenburg).

Die Betrachtungen zum ländlichen Raum in diesem Bericht beziehen sich vorrangig auf Mecklenburg-Vorpommern als einen Prototyp für ländlich strukturierte Räume in Deutschland. Ergänzt werden die Aussagen durch Erfahrungen aus Schleswig-Holstein.

Im Rahmen der Beschäftigung mit dem Thema des ländlichen Raumes fand im Frühjahr 2004 eine **Exkursion** der Landesgruppe nach Vorpommern statt (s. Exkursionsbericht).

2. Profil und Definition des ländlichen Raumes Periphere ländliche Räume als eine neue Gebietskategorie

In der Nomenklatur der Gebietskategorien kennen wir die ländlichen Räume, die von Dörfern, von Landschaft und von kleinen zentralen Orten geprägt sind. Deutschland ist nach dem Raumordnungsmuster der „dezentralen Konzentration“ gewachsen und gerade in den 1990er Jahren, nach der so genannten „Wende“, hat dieses wachstumsorientierte Konzept erheblichen Aufschwung erlebt. Dabei spielten sich Wachstum und Veränderungen vor allem in den Agglomerationsräumen ab, also in Kernstädten und deren Umgebung.

In den agglomerationsfernen Räumen ergeben sich Räume um Klein- und Mittelstädte, Küstenräume mit kleinen Städten und Orten mit touristischem Potenzial sowie Räume, die zu keiner dieser Kategorien gehören. Diese Räume bezeichnen wir als periphere ländliche Räume. Am Beispiel dieser Räume in der Betrachtungsregion Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern soll eine Ausdifferenzierung der Merkmale erfolgen und sollen Entwicklungsthemen näher dargestellt werden.

Wandlungsprozesse in ländlichen Räumen abseits der Einzugsradien städtischer Kerne und abseits überregionaler Verkehrsstrassen sowie ohne besonderes touristisches Entwicklungspotenzial und ohne die für den Ackerbau als Erwerbszweig der Landwirtschaft erforderlichen Bodenwertzahlen bezeichnet als periphere ländliche Räume - stellen an die planerische Entwicklung besondere Anforderungen.

Inwieweit diese Räume „funktional irrelevant“, ohne Wert, sind oder im gesamten Konzept raumstruktureller Entwicklung nicht doch eine Funktion, allerdings eine neu zu definierende bekommen, soll hier gefragt werden. Gefragt werden soll auch, wie die Lebensverhältnisse in diesen Räumen qualitätsbewusst organisiert und entwickelt werden können und welche Bedeutung dieser Strukturwandel für die Landschaft hat.



Dorfstruktur M-V

3. Strukturelle Ausgangssituation in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist ländlich strukturiert und zeichnet sich durch eine ausgeprägte Strukturschwäche aus. Einige ausgewählte **Strukturmerkmale** des Landes sind:

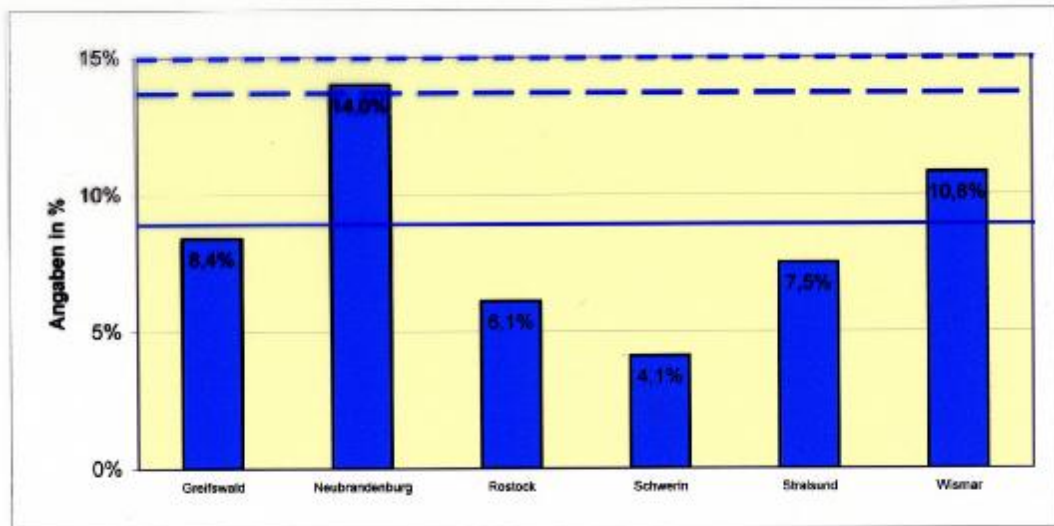
- Mit einer EW-Dichte von 75 EW/qkm ist es das am dünnsten besiedelte Bundesland in Deutschland.
- Die reiche Naturlandschaft wird durch folgende Werte deutlich
 - umfangreiche unzerschnittene Landschaftsteile (mit 94 % höchster Anteil freier Landschaft in Deutschland)
 - über 1/3 der Naturflächen sind geschützte Landschaftsteile
 - über 6 % Wasserflächen und 1 500 km Küstenlinie
- Disperse Siedlungsstruktur von 980 Gemeinden; davon 46 % unter 500 EW; 2/3 der EW leben im ländlichen Raum
- Hoher Reichtum an zum Teil kulturhistorisch wertvolle Bau- und Architekturdenkmälern (z.B. 2000 Schlösser, Guts- und Herrenhäuser, repräsentative Bauten der Bäderarchitektur und der Backsteingotik, Dorfstrukturen, Dorfkirchen u.a.).

Ein gravierendes Problem stellt der seit 1990 kontinuierliche **Bevölkerungsrückgang** dar:

- Zwischen 1990 - 2020 sinkt die Einwohnerzahl um 22 % (417 000 EW)
1990: 1,92 Mio. EW; 2002: 1,74 Mio. EW; 2020: 1,51 Mio. EW
- Die Verluste resultieren vorrangig aus Wanderungen und zunehmend aus Sterbeüberschüssen.
- Es wandern überwiegend jüngere Menschen zwischen 15 und 30 Jahren ab; davon doppelt so viele Frauen wie Männer. Damit reduziert sich automatisch die zukünftige Geburtenrate.

- Die Bevölkerungsverluste sind in den östlichen, den ländlich strukturierten Landesteilen zum Teil doppelt so hoch wie in den westlichen Landesteilen.
- Mit sinkender EW-Zahl sinkt auch die Finanzausstattung des Landes (ein jährlicher Verlust von 15 TEW bedeutet ein fehlendes Finanzvolumen von ca. 30 Mio. €).

Die Einwohnerverluste und Umlandwanderungen (Eigenheimbau) führten in den Städten zu großem Leerstand. Die Leerstandsquote liegt mit ca. 9 % zwar unter der der anderen neuen Bundesländer (13,7 %), sie ist aber gleichsam Ausgangspunkt für neue strategische Ansätze in der Stadtentwicklung. Die Analysen zeigen, dass es Leerstände in den Großwohnsiedlungen (Ø 12 %), in den historischen Innenstädten (Ø 35 %) und zunehmend in den Dörfern gibt.



Wohnungsleerstände in den Städten Mecklenburg-Vorpommerns

Schleswig-Holstein

Im Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein von 1998 werden unter der Raumkategorie „Übrige ländliche Räume“ diejenigen ländlichen Gemeinden subsumiert, die weder „Ordnungsraum für Tourismus und Erholung“ (die Nordseeinseln und Badeorte an der Westküste sowie weite Teile der Ostseeküste) noch „Stadt- und Umland-Bereich in ländlichen Räumen“ sind. Demnach gehören zu den „**Übrigen ländlichen Räumen**“ 57 % der Fläche, 22 % der Einwohner und 14 % der Beschäftigten des Landes. Nach der Diskussion unserer Arbeitsgruppe gehören Teile dieser Stadt-Umland-Bereiche ebenso zum „ländlich-ländlichen“ Raum, da es z. B. in Husum, Heide, Schleswig, Eckernförde, Plön und Eutin keine größeren Industrie- oder private Dienstleistungsbetriebe gibt. Für unsere Diskussion kann von einem Anteil an der Fläche von ca. 65 % und einem Bevölkerungsanteil von ca. 35 % ausgegangen werden.

Schleswig-Holstein weist ausgeprägte, historisch gewachsene ökonomische, kulturelle und politische Differenzierungen auf. Gegenüber der Kette von Hafenstädten mit Handel und Industrie von Flensburg bis Lübeck, die allerdings schon länger mit schweren Strukturproblemen zu kämpfen haben, ist die Westküste - bis auf wenige touristische Zentren bzw. Inseln - nur schwach entwickelt. Demgegenüber ist das Hamburger Umland seit den 1960er Jahren zunehmend suburbanisiert worden, wobei sich der Einzugsbereich immer weiter ausdehnte, so dass größere Pendlerströme heute bereits aus dem Raum Neumünster-Kiel, Lübeck und Westmecklenburg zu verzeichnen sind. Das Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft ist im engeren Hamburger Umland ungebrochen, was diesen Räumen einen wachsenden ökonomischen und politischen Einfluss im Lande verschafft.

Innerhalb dieser historisch und von der Lage geprägten großräumigen Entwicklungsunterschiede bestehen weitere, ausgeprägte sozialökonomische, kulturelle und politische

Identitäten und Polaritäten in bzw. zwischen den Städten und Landschaften. Die große Zahl von Gemeinden im Land (1200) führt zudem zu Steuerungsproblemen der Landespolitik.

4. Themenbereiche

4.1 Wirtschaft, Landwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei, in der Vergangenheit die dominierenden Erwerbsbereiche im ländlichen Raum, sind die Wirtschaftsbereiche in M-V mit dem größten Arbeitsplatzabbau seit 1990. Von ehemals ca. 101.000 Beschäftigte sind es heute noch 32.000 (Rückgang um 68 %!) Im Vergleich dazu: Produzierendes Gewerbe (- 42 %), Baugewerbe (- 4 %).

Der Arbeitsplatzbesatz in der Landwirtschaft beträgt 1,4 AK je 100 ha. Damit hat M-V die niedrigste flächenbezogene Beschäftigungsintensität Deutschlands in der Landwirtschaft. Die derzeitigen Ausbildungszahlen reichen nicht aus, den zukünftig zu erwartenden Nachwuchsbedarf abzudecken. Hier zeichnet sich sogar ein Fachkräftemangel ab.

Die für das Land prognostizierten Wachstumskerne Schiffbau, Tourismus, Biotechnologie etablieren sich vorrangig im Küstenbereich.

Am Beispiel Vorpommern soll die wirtschaftliche- und Arbeitsmarktsituation skizziert werden.

- Im Bereich Ackerbau ist die landwirtschaftliche Bodennutzung derzeit durch besonders profitablen Wintergetreide- und Winderrapsanbau gekennzeichnet.
- Der Pflanzenbau ist im hohen Maße EU-prämienabhängig und damit fremdbestimmt. Die Beschäftigungsintensität ist gering.
- Im Bereich Tierproduktion zählt Vorpommern inzwischen zu den Regionen mit der geringsten Viehbestandsdichte in Europa.
- Die unmittelbaren Auswirkungen der EU-Osterweiterung dürften für den Agrarsektor in der Region Vorpommern eher gering ausfallen. Es ist weder mit neuen Absatzmärkten noch mit starker Importkonkurrenz zu rechnen. Dagegen wird mit weiterem Reformdruck auf die Gestaltung der EU-Agrar- und Regionalpolitik gerechnet. Die Förderbedingungen für Vorpommern werden sich wahrscheinlich nach 2006 deutlich verschlechtern.
- Die Unternehmenssituation stellt sich wie folgt dar:
 - Nur wenige Unternehmen der Verarbeitungsindustrie und des Zulieferbereichs der Landwirtschaft sind in Vorpommern beheimatet. Vorleistungen werden überwiegend überregional zugekauft; landwirtschaftliche Produkte verlassen die Region als unveredelte Rohstoffe.
 - Bundes- und europaweite Überkapazitäten in vielen klassischen Bereichen der Ernährungswirtschaft erschweren bzw. hindern entsprechende Betriebsansiedlungen in der Region in absehbarer Zeit.
 - Landwirtschaftliche Unternehmen bieten günstige Voraussetzungen für die Übernahme technischer, haushaltnaher, freizeitbezogener und sozialer Dienstleistungen. Dieses Potenzial wird in Vorpommern bei einem Vergleich mit anderen Regionen noch zu wenig ausgeschöpft. Durch Weiterbildung, Unternehmensberatung, Existenzgründerförderung von Kleinstunternehmen im ländlichen Raum und neuen Formen der Kapitalbereitstellung kann der Ausbau derartiger Dienstleistungen gestützt werden.
 - Nebenerwerbslandwirtschaft und die in Vorpommern noch häufigen Hofwirtschaften können zum Erhalt und zur Belebung des eigenständigen Charakters der vorpommerschen Dörfer und ihrer Landschaft beitragen.

- Die Branchensituation stellt sich wie folgt dar:
 - Sonderkulturen und Nischenprodukte wie Spargel, Feldgemüse, Beerenobst, Gänse, Enten und Wild haben für Vorpommern bisher nur geringe Bedeutung obwohl Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale hoch, die Standortbedingungen günstig sind. Große, auf überregionalen Absatz orientierte Betriebseinheiten und kleinere Erzeuger mit regionaler Orientierung könnten sich ergänzen. Mit der Initiierung und Förderung von Vermarktungsbereichen, spezialisierten Anbau- und Absatzberatungen und der Schaffung von regionalen und überregionalen Verkaufsmöglichkeiten lässt sich dieses Segment besser erschließen (Förderprogramm „Region aktiv“).
 - Dem ökologischen Landbau kommt in Vorpommern eine wachsende Bedeutung zu. Über 12 % der LF in Vorpommern wird ökologisch bewirtschaftet.
 - Regionaler Absatz und regionale Verarbeitung sind allerdings entwicklungsfähig; zumal hiermit ein Imagegewinn für die Region erzielt werden könnte.
 - Nachwachsende Rohstoffe stellen in Vorpommern ein Entwicklungspotenzial dar. Bei der stofflichen Verwertung waren fehlgeschlagene Initiativen der vergangenen Jahre oft auf Standortnachteile der Region (Lage, fehlendes industrielles Umland) zurückzuführen. Neben Non-Food-Raps sind die Bedingungen für Biogas und Biomasseverwertung in Vorpommern günstig. Auf Landesebene werden derzeit investorenfreundliche Begleitung und Umsetzung derartiger Vorhaben begünstigt. Generell besteht zu diesem Sektor Bedarf an intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung zu verbrauchsorientierten, technologischen und industriellen Strukturen.
 - Direkt- und Regionalvermarktung stellen für die vorpommersche Landwirtschaft ein noch zu wenig ausgeschöpftes Potenzial dar. Seit Ende 2000 gibt es eine spezielle Förderrichtlinie für die Direktvermarktung.

Dorferneuerung, Flurneuordnung und Ländlicher Wegebau tragen wesentlich zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum bei.

Der agrarstrukturelle Wandel bedingt bei zunehmender Bedeutung des Naturschutzes weitreichende Änderungen des Landschaftsbildes und gravierende Auswirkungen auf - teilweise neue, Entwicklungschancen im ländlichen Raum (hoher Anteil von Schutzgebieten, Flächenentzug für landwirtschaftliche Nutzungen).

Der Tourismus stellt einen interessanten Absatzmarkt „vor der Haustür“ für die Landwirtschaft dar. Die Gastronomie hat ein großes Interesse an der Belieferung mit heimischen Produkten. Nach vorsichtigen Schätzungen wenden Urlauber ca. 70 Mio. Euro für Lebensmitteleinkäufe auf, die bisher nur zu einem sehr geringen Anteil durch regionale Produkte in Vorpommern abgedeckt werden. Die Entwicklung weiterer tourismusorientierter Dienstleistungsangebote in der Landwirtschaft ist aufgrund der unterentwickelten Strukturen und der zu geringen Unternehmungen noch zu wenig nachgefragt.

4.2. Inwertsetzung der Kulturlandschaft des ländlichen Raumes

Der ländliche Raum gilt gemeinhin als vernachlässigter oder zumindest problematischer Bereich. Er bildet die „weißen Flecken“ zwischen Entwicklungskernen. Tatsächlich jedoch liegen im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns durchaus Entwicklungspotentiale. Diese liegen in seiner kulturellen Dimension, begreift man nämlich den ländlichen Raum als Kulturlandschaft. Vereinfacht soll unter Kulturlandschaft im Folgenden das Resultat gleichermaßen geologisch-biologischer Prozesse wie auch menschlicher Eingriffe in eben diese Prozesse verstanden werden. Eine Kulturlandschaft ist Zeugnis der Erd- und der Menschheitsgeschichte. Die UNESCO hat in ihrem Weltkulturerbekatalog 11 Kategorien von Kulturlandschaften definiert, auf die hier nur verwiesen, nicht aber eingegangen werden kann.



Dorfkirche Richtenberg



Landschaft/See

Weite Teile Mecklenburgs und Vorpommerns besitzen eindeutig die Qualität von Kulturlandschaften im Sinne der strengen Kriterien der UNESCO (eiszeitlich geprägten Formationen, Vielzahl herausragender baulicher Denkmale, Zeugnisse menschlicher Eingriffe und Nutzungen der natürlichen Landschaft). Zu ihnen gehören über 2000 Schlösser, Guts- und Herrenhäuser sowie über 1000 Dorfkirchen.

Diese Qualität(en) sind in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, vermeintliche Schwächen in Stärken zu verwandeln, d.h. Identitätsförderung, Eigen- und Gemeinschaftsaktivitäten auszulösen, Attraktivität für Besucher und Investoren zu erhöhen und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, staatlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen sowie lokalen Akteuren zu verbessern. In der so verstandenen Entwicklung des ländlichen Raumes liegen nicht allein kulturell-konservierende Aspekte, sondern sehr wohl auch ökonomische Entwicklungspotentiale. Sieht man, dass die Kulturlandschaften Mecklenburg-Vorpommerns einerseits einzigartig sind, andererseits aber auch Vergleichbarkeiten in benachbarten osteuropäischen und skandinavischen Staaten besitzen, erhält dieser Ansatz zusätzliche Bedeutung: es geht dann um eine mögliche Aufgabe aller Ostseeanrainerstaaten. Langfristig besteht das Ziel einer solcher Aufgabe in der zukunftssträchtigen Inwertsetzung der kulturellen Identität des baltischen Raumes.



Gutshaus Groß Schwansee



Gutshaus Vogelsang

Innerhalb einer solchen Gemeinschaftsaufgabe käme Mecklenburg-Vorpommern gleichermaßen historisch wie geographisch eine quasi natürliche Vorreiterrolle zu.

Folgende **Maßnahmen** sind denkbar:

- Entwicklung professioneller Bewertungsansätze für Bestand und Entwicklungsmöglichkeiten der Kulturlandschaften in Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeanrainerstaaten
- Definition und Festlegung herausragender Kulturlandschaften im Sinne des UNESCO Weltkulturerbekataloges und Beantragung der Registrierung als UNESCO Weltkulturerbe
- Entwicklung konkreter Einzelmaßnahmen in den Bereichen Landschafts- und Denkmalpflege, Tourismus, Umweltschutz sowie optimales Marketing dieser Maßnahmen
- Wiederherstellung/Erhaltung von Objekten emblematischer Bedeutung und über-regionaler Ausstrahlung
- Beförderung herausragender nachhaltig produzierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter einem spezifischen Gütesiegel (Stichworte „Essbare Landschaften“, „Öko-Kosmetik“ und Naturheilmedikamente)
- Untersuchung, Dokumentation und (Re-)Aktivierung traditioneller landwirtschaftlicher und handwerklicher Technologien zur Erzeugung gleichermaßen regionaladäquater wie qualitativ höchstwertiger Produkte
- Weiter- ggf. Neuentwicklung von Routen für Kultur- und Umwelttourismus
- Ausweitung der Jugendbauhütten der Deutschen Stiftung Denkmalschutz einerseits inhaltlich (Kulturlandschaft), andererseits räumlich (Ostseeraum) finanziert durch eine „Baltische Lotterie/Glücksspirale“
- Schaffung einschlägiger schulischer und universitärer Bildungseinrichtungen
- Aufbau und Integration ehrenamtlicher gemeinnütziger Aktivitäten für die Felder Landschafts- und Denkmalpflege
- Hochwertige Veröffentlichungen mit herausragenden Illustrationen der Spitzenprofile der Regionen
- Professionelles Marketing mit geeigneten Medienpartnern, dazu Website(s), Workshops, regionale und internationale Konferenzen
- Schaffung einer ostseeweiten gemeinnützigen Schirmorganisation nach dem Vorbild des National Trust (GB)



Dörfliche Bausubstanz in Mecklenburg-Vorpommern

Zumindest mittelfristig könnten sich mit einem derartigen Maßnahmenkatalog folgende Effekte einstellen:

- Entdeckung der Kulturlandschaft als wesentlicher Wirtschaftsfaktor
- Stabilisierungsschub für den ländlichen Raum
- Erhöhung nationaler und internationaler Attraktivität

- Schaffung eines großräumigen ökologischen Ausgleichs
- Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in Landschafts- und Denkmalpflege, Umweltschutz, Landwirtschaft, Tourismus, Kulturforschung und -marketing sowie Entwicklung neuer Berufe und Arbeitsplätze in den Feldern Umwelt- und Kulturerbeschutz (vergleichbar der Entwicklung in den Umwelttechnologien)
- Stärkung regionaler Identität als Gegengewicht gegen „unausweichliche“ demographische Perspektiven
- Kohäsion und Integration im Ostseeraum

4.3 Infrastruktur und Einzelhandel

Angesichts der Schrumpfungsprozesse bei Bevölkerung, Beschäftigung und Wertschöpfung sind Tragfähigkeitsgrenzen bei der bisherigen Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum erreicht. Neue Organisationsformen werden notwendig.

Hierzu zählen¹

- Übergang von der stationären zu mobilen Dienstleistern (Gesundheitswesen, Handel)
- die Selbstorganisation der Nachfrager (Beispiel Skandinavien)
- Dienstleistungen in Kombination aus Erwerbstätigkeit und ehrenamtlicher Gemeinschaftsarbeit (auch durch Arbeitslose und Rentner) in den Bereichen Einzelhandel, Personenverkehr

Anpassungsstrategien für dünn besiedelte ländliche Räume werden und in der sozialen-, der technischen Infrastruktur sowie im Handels- und Dienstleistungsbereich notwendig.

Die stadttechnische Ausgangssituation ist in den Städten aber auch in ländlichen Regionen hinsichtlich der Art und Struktur der Netze sowie Alter und Modernisierungsgrad der Systeme sehr unterschiedlich. Ebenso wie für die Städte des Stadtumbaus (ISW-Arbeitshilfe zu Infrastruktur, 2003) kann auch für die peripheren ländlichen Regionen davon ausgegangen werden, dass in den räumlichen Entwicklungskonzeptionen die "stadttechnischen" Belange – also die technisch infrastrukturellen Belange der Wasser- und Energieversorgung - noch nicht ausreichend berücksichtigt sind. Die größeren Verweilzeiten des Trinkwassers im Netz bei sinkender Abnehmerzahl führen wegen der Gefahr der Wiederverkeimung zu notwendigen Spülungen und damit zu einem stark vergrößerten Wasserverbrauch. Beim Abwasser führen abnehmende Schmutzwassermengen zu Ablagerungen und anaeroben Umsetzungsprozessen, die ebenfalls Spülungen erforderlich machen. Für überdimensionierte Kläranlagen bedeuten sie ein viel zu kleines Quantum. Dezentrale Versorgungsstrukturen gewinnen an Bedeutung in schrumpfenden Städten und für periphere ländliche Räume. Dezentrale Versorgungssysteme oder entkoppelte Einheiten aus zentralen Netzen werden notwendig.

Die soziale Infrastruktur erlebt zurzeit einen grundlegenden Funktionswandel, bedingt durch demografische und Wanderungs-Prozesse. In Städten und Dörfern sind für alle Schulen nicht mehr ausreichend Schüler da, jedenfalls nicht unter den aktuellen Standards von Klassengrößen und Lehrerversorgung, Kindergärten haben zu viele Plätze, Kinderkrippen werden nicht benötigt: Einrichtungen der Altenpflege und des betreuten Wohnens sowie Service für alte Menschen, die der Hilfe bedürfen, sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Eine Änderung der Standards in den Ausstattungsmerkmalen von zentralen Orten wird die Erreichbarkeiten vorhandener Einrichtungen vor allem für die peripheren ländlichen Räume, die ja in der Regel keine Orte mit zentralörtlicher Einstufung, allenfalls Grundzentren, haben, erheblich beeinflussen.

¹ Braun/Pohle: Konzepte einer dienstleistungsorientierten regionalen Entwicklungspolitik für strukturschwache Räume um Nordosten Deutschlands ARL Nr. 304/2003

Vor diesem Hintergrund und der unbedingten Notwendigkeit, soviel für Bildung und Kinder zu tun, wie nur irgend möglich, denn hier liegt der Schlüssel für eine lebenswerte Zukunft, werden sich Standards der Versorgung in den peripheren ländlichen Räumen ändern müssen. Denkbar sind jahrgangsübergreifende Grundschulen, Internatsmodelle für weiterführende Schulen, insgesamt eine Modifikation der Schulstruktur. Dabei ist eine sehr gute engagierte Lehrerschaft von ausschlaggebender Bedeutung; weshalb die Arbeit in diesen peripheren ländlichen Regionen besonders attraktiv gemacht werden sollte.

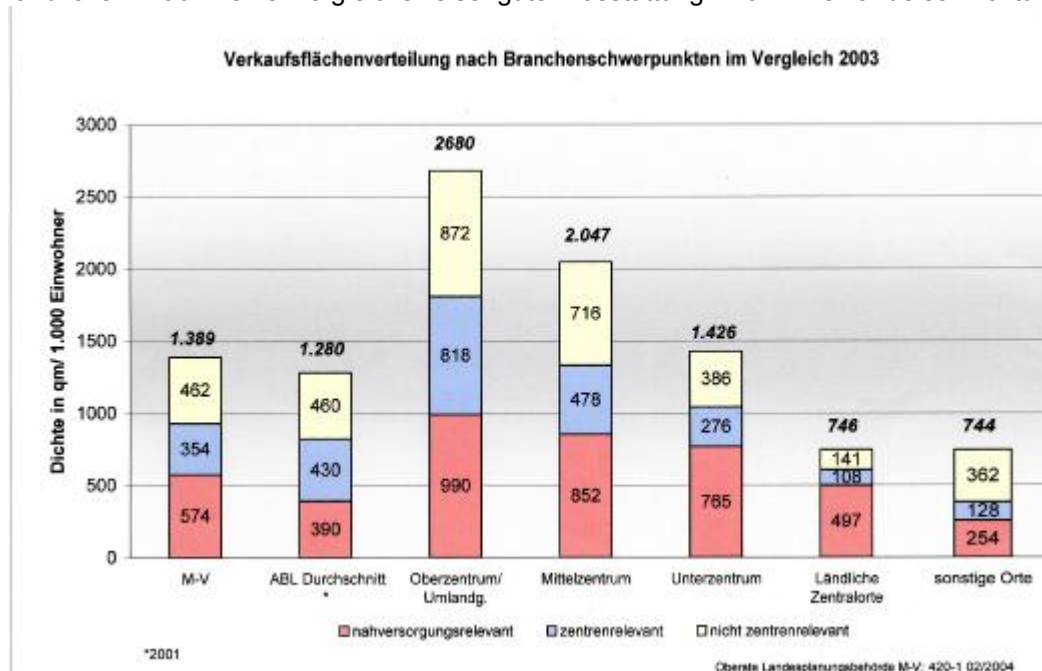
Leitlinien für die Entwicklung der Infrastruktur in peripheren ländlichen Gebieten sind noch zu entwickeln, als Anhaltspunkte dafür können folgende fünf Punkte gelten:

- Dezentralisierung mit innovativen Modellen sowohl bei der technischen als auch bei der sozialen Infrastruktur
- Die Elemente einer dezentralisierten Struktur bilden Teile eines verbindenden Gesamtsystems, die ein Splittern und Auseinanderfallen räumlicher Strukturen verhindern.
- Kooperation zwischen einzelnen Orten führen zur Arbeitsteilung bei der Bereitstellung von Infrastrukturangeboten.
- Regionale Zusammenarbeit ersetzt die Konkurrenz der Orte und muss in einer Pilotphase ausdrücklich gefördert werden.
- Periphere ländliche Räume sind keine Transferräume ohne Eigenleben, im Konzept der dezentralen Konzentration, das als nachhaltiges Raumentwicklungsmodell gilt, sind sie notwendiger Bestandteil des Ganzen.

Im Folgenden sollen konkrete Lösungsansätze für ausgewählte Bereiche der Infrastruktur (Einzelhandel, ambulante medizinische Versorgung) in beiden Ländern aufgezeigt werden.

Einzelhandel in Mecklenburg-Vorpommern

Die Befunde der „Strukturuntersuchung des Einzelhandels in Mecklenburg-Vorpommern“ (2000), gestützt durch eigene aktuelle Datenanalysen bescheinigen den Gemeinden im ländlichen Raum eine vergleichsweise gute Ausstattung mit Einzelhandelseinrichtungen.



Verkaufsflächenverteilung nach Branchenschwerpunkten in Mecklenburg-Vorpommern

Die Einzelhandelsstruktur des Landes ist insgesamt (sinnvoller Weise) stark auf die zentralen Orte ausgerichtet. 95 % der 2,64 Mio. qm Verkaufsfläche konzentrieren sich auf die zentralen Orte einschließlich der Flächenspendeumlandgemeinden der Oberzentren.

Von den heute 964 Gemeinden des Landes verfügen nur gut ein Drittel über Einzelhandels-einrichtungen. Mit einer Flächendichte von insgesamt 0,7 qm/E, davon gut 0,2 qm im Lebensmitteleinzelhandel kann jedoch auf eine zufriedenstellende Ausstattung der nicht zentralen Orte geschlussfolgert werden.

Geprägt wird die Angebotsstruktur weitestgehend durch kleinflächige, inhabergeführte Lebensmittelbetriebe (Edeka, Rewe, Ihre Kette u. a.), ergänzt durch Lebensmittelhandwerksbetriebe (Bäcker) sowie im Nichtlebensmitteleinzelhandel wie z. B. Quellschops, Lotto-Annahmestellen u.a.

Auf Grund der geringen Bevölkerungsdichte ist allerdings die betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit und somit die Flächengröße der Läden begrenzt. Ein tragfähiges, nicht inhabergeführtes Nahversorgungsangebot benötigt inzwischen Mindestverkaufsflächen von 400 qm bis 600 qm. Ein solcher Laden braucht etwa 3000 Bewohner im Einzugsgebiet.

Mit schrumpfender Einwohnerzahl wird sich auch das Kaufkraftpotenzial weiter reduzieren und damit die Tragfähigkeitsprobleme für die kleinen Ladeneinheiten vergrößern. Mittel- bis langfristig muss mit einer weiteren Ausdünnung der Versorgungsdichte im ländlichen Raum gerechnet werden. Hinzu kommt, dass heute die Einzelhandelsbetriebe mehrheitlich von „Älteren“ betrieben werden. Mit Ausscheiden der Betreiber werden hier Nachfolgeprobleme entstehen. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass inhabergeführte kleine Läden keinen Vollerwerb ermöglichen, sondern nur ein „Zubrot“, sind und i. d. R. stundenweise als Nebenerwerbseinzelhändler betrieben werden.

Markttreff in Schleswig-Holstein

Ein Ansatz für die Verbesserung der Einzelhandelsversorgung im ländlichen Raum sind die „Markttreffs“ in Schleswig-Holstein. Der MarktTreff ist Marktplatz für Produkte und Dienstleistungen und Treffpunkt für die Dorfgemeinschaft. Jede Gemeinde entwickelt ihr individuelles Dienstleistungszentrum. Der MarktTreff arbeitet wirtschaftlich und wird in kommunaler Mitverantwortung geführt. Dafür braucht er Akzeptanz, Frequenz und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und Verbände. Alle MarktTreffs werden zentral begleitet (Beratung, Betreuung, Technik) und landesweit vernetzt. Inzwischen gibt es 14 unterschiedliche MarktTreffs in Schleswig-Holstein, 17 weitere Standorte werden gerade vorbereitet und bis 2006 sollen 50 MarktTreffs entstanden sein.

So funktionieren MarktTreffs

Um die Grundversorgung in kleinen ländlichen Gemeinden sicherzustellen und zu verbessern, steht jeder MarktTreff auf drei Säulen:

1. **Kerngeschäft:** Die wirtschaftliche Grundlage des MarktTreffs ist das Kerngeschäft, in der Regel ein Lebensmittel-Geschäft. Aber auch Gastronomie Direktvermarkter sind denkbar.
2. **Zusatz-Dienstleistungen:** Das Kerngeschäft soll um weitere Dienstleistungen ergänzt werden. Jeder MarktTreff verfügt über einen zentralen Internetzugang. Der MarktTreff kann also auch Schulungsort für die Anwendung multimedialer und IT-gestützter Techniken sein.

Weitere Beispiele für Zusatzdienstleistungen sind:

- Annahmestelle für Reinigung, Fotoservice, Lotto-Toto
- Logistik-/Zustellservice (Handel, Partyservice), Agentur im Versandhandel
- Servicepunkte von Post, Telefon, Banken, Sparkassen, Versicherungen u. a.
- Servicepunkt der Kommunalverwaltung
- Tourismusdienstleistung
- Online-Wareneinkäufe/e-commerce
- Internetcafé

3. **Treffpunkt:** MarktTreffs schaffen neue Möglichkeiten für Kommunikation und Bürgerengagement. Die dörfliche Gemeinschaft ist wesentliche Trägerin des MarktTreffs. Jede Gemeinde gestaltet individuell die Zusammensetzung der Angebote und Dienstleistungen.

Modernes Management für den Erfolg

Was erfolgreiche Ladenketten in ihrem Management nutzten, gilt auch für das Projekt MarktTreff. Themen, die alle Standorte betreffen, werden zentral auf Landesebene gelöst. Das Projekt MarktTreff verknüpft somit die landesweite und die lokale Ebene miteinander. Das spart Kosten für die einzelnen Zentren und bündelt Know-how. Die Projektsteuerung in der Entwicklungsphase hat das Innenministerium übernommen. Dazu wurde ein Projektteam gegründet, bestehend aus Experten des Ministeriums und externen Fachleuten aus den Bereichen Projektmanagement, Marketing, IT und Einzelhandel. Die örtliche Projektentwicklung erfolgt mit Unterstützung durch die Ämter für ländliche Räume - nachgeordneten Behörden des Innenministeriums. Sie regeln die Förderung und koordinieren die Planungsabläufe sowie die gemeinschaftliche Realisierung mit den Akteuren an den MarktTreff-Standorten.

Geld vom Land

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein stellt bis 2006 eine Anschubförderung aus dem Programm „Zukunft auf dem Land“ (ZAL) für den MarktTreff zur Verfügung. Grundlage sind die Richtlinien zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein. Diese Mittel können zur Finanzierung der baulichen Investitionen inklusive der Grundausstattung und für das Konzept eingesetzt werden. Die Förderquote liegt bei bis zu 50 % der förderfähigen Kosten für kommunale Zuwendungsempfänger.

Das Investitionsvolumen der im Zeitraum von 1999 bis 2002 geförderten MarktTreffs liegt bei 6,68 Millionen Euro. Die Standorte wurden mit insgesamt rund 3,5 Millionen Euro EU-, Bundes- und Landesmitteln gefördert. Bis 2006 sind in der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung jährlich Fördermittel von EU, Bund, Land in Höhe von 16 bis 17 Millionen Euro vorgesehen.



Standorte für Markt Treffs in Schleswig-Holstein

Projekt: Nachbarschaftsladen im Amt Ludwigslust-Land (M-V)

Mit dem Projekt wurde nachgewiesen, dass in Dörfern mit 120 - 1000 EW der wirtschaftliche Betrieb eines Nachbarschaftsladen möglich ist. Merkmale dieser Läden sind:

- Selbstbedienungsläden, möglichst Angebote eines Vollsortiments (ca. 2 000 Artikel) incl. Frischware, Trockenware, Non-food-Artikel, Haushaltsware; notwendige Ladenfläche min. 120 qm, Lager- und Bürofläche etwa 30 qm
- Angebot von zusätzlichen Dienstleistungen (Post, Toto-Lotto, Serviceleistungen)
- Anlieferung der Ware überwiegend durch den Großhandel zur Sicherung einer Handelsspanne von möglichst mindestens 17 %
- Entfernung zum nächsten größeren Supermarkt mind. 8 km
- Ladenöffnung vormittags und spätnachmittags, sowie samstags (jedoch etwa 33 Stunden pro Woche ausreichend)
- Möglichst geringe Investitionskosten (z.B. Nutzung von Privateigentum oder Leerstandsgebäuden in Gemeindeeigentum) und geringe Raumkosten (Miete)

Ambulante medizinische Versorgung in der (Region Mecklenburgische Seenplatte)²

Aktueller Handlungsbedarf besteht zur Sicherung der medizinischen Versorgung in strukturschwachen ländlichen Räumen aufgrund der weiter ansteigenden Zahl alter Menschen mit höherem Bedarf an medizinischer Versorgung und steigender Immobilität.

Die derzeitige Situation stellt sich wie folgt dar:

- Raumörtliche Unterversorgung um bis zu 34 % in einzelnen Regionen.
- Je geringer der Versorgungsgrad, umso mehr Patienten muss der einzelne Arzt versorgen. Die Folge sind lange Wege und Wartezeiten für Patienten.
- Wegen des zu geringen ÖPNV-Angebotes in der Fläche (nur Mitfahrmöglichkeiten in Schulbussen), ist der Hausarzt für die Patienten schwer zu erreichen. Es besteht häufig die Notwendigkeit zu Hausbesuchen. Wegen der geringen Siedlungsdichte sind praktizierende Hausärzte hohen Belastungen (Fahrwege und Arbeitszeiten) ausgesetzt.
- Besondere Belastungen für die Ärzte ergeben sich durch psychische und soziale Probleme der Patienten als Folge der hohen Arbeitslosigkeit.
- Das größte Problem ist die mangelnde Niederlassungsbereitschaft und der fehlende Nachwuchs an Hausärzten. Schon heute sind 55 % der Hausärzte älter als 50 Jahre, und 41 % älter als 55 Jahre. Um den Status quo zu erhalten, müssten in den nächsten 10 Jahren mind. 80 Hausärzte (Allgemeinmediziner) in der Region ersetzt werden.
- Zu den Imageproblemen des Berufes „Hausarzt“ - geringe Lebensqualität und hohe Arbeitsbelastung - tritt die Ungleichbehandlung in der Honorierung gegenüber den alten Bundesländern: Die Honorare der Hausärzte im Osten liegen durchschnittlich 25 % unter denen der westlichen Kollegen, wohingegen ihre Arbeitsbelastung (Wochenarbeitszeit, Anzahl der zu versorgenden Patienten) deutlich über vergleichbaren Praxen in den alten Ländern liegt. Diese Rahmenbedingungen führen dazu, dass die individuelle Standortwahl der weniger werdenden Nachwuchskräfte überwiegend zugunsten der alten Länder ausfällt.

Fazit: Ohne Gegenmaßnahmen wird sich die hausärztliche Versorgung in der Region teilweise ganz **zusammenbrechen**. Es wird ein **Versorgungsnotstand** eintreten (ab 2005).

² Die Ausführungen basieren auf einen Artikel von Anette Böck-Friese (Landkreis Müritzt) im Heft 12/03 Informationen zur Raumentwicklung des BBR

4.4 Entwicklungsstrategien und Konzepte für den ländlichen Raum

Für den ländlichen Raum existieren eine Reihe von Planungs- und Handlungsansätze z. B.

- integrierte Regionale Entwicklungskonzepte
- Agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen
- Regionale Agenden aus dem Bereich der Umweltpolitik
- Regionalmarketing
- Dorferneuerungskonzepte

Beispielgebend soll auf zwei in der Praxis beider Länder bewährte Strategien eingegangen werden.

Regionale Entwicklungskonzepte (REK) Mecklenburg-Vorpommern

In diesem Bundesland haben sich REK gerade für die ländlichsten Planungsregionen (z. B. Vorpommern, Mecklenburgische Seenplatte) aber auch für kleinteiligere regionale Einheiten sehr bewährt.

Grundsätzliche Ziele der REK sind:

- die vorhandenen Konzepte auf kommunaler Ebene miteinander zu vernetzen,
- den Prozess des Zusammenwirkens zu vertiefen,
- einen Wettbewerb in der Region zu fördern,
- die vielfältigen Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene zukünftig besser nutzbar zu machen,
- den Arbeitsmarkt durch neue Projektideen zu beleben und
- ausgehend von standortkonkreten Planungen und Maßnahmen, die nachhaltige Entwicklung der Region zu stärken.

Innerhalb einzelner Handlungsfelder (Natur und Landschaft, Siedlung, Wirtschaft, Mobilität, Infrastruktur, Tourismus, ...) werden konkrete Projekte in Angriff genommen. dazu haben sich innerhalb der Planungsregionen Kooperationsräume gebildet, in denen auf kommunaler Ebene die Projekte umgesetzt werden.

Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE) in Schleswig-Holstein

Mit den „Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen“ (LSE) wurde die Dorf- und ländliche Regionalentwicklung neu ausgerichtet. Im Mittelpunkt der Programmatik steht die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ausrichtung auf eine Zusammenarbeit mehrerer Gemeinde sowie die Erarbeitung von sektorübergreifenden teilräumlichen Entwicklungsleitbildern. Ein wichtiger Impuls für diese programmatische Neuausrichtung war die EU-Regionalförderung für Ländliche Regionen (5a- und 5b-Gebiete) in der Förderperiode 1994-1999, der bereits eine umfassende strukturpolitische Entwicklungskonzeption zugrunde lag. Mit der Veränderung der Agrarförderung in der Förderperiode 2000-2006 erhielt dieser Ansatz konzeptionell und finanziell noch einen kräftigen Anschlag. Es werden 10 % der ursprünglich rein sektorbezogenen Mittel für die Organisation der Agrarmärkte (EAGFL) für die Entwicklung der ländlichen Räume zur Verfügung gestellt. Bis 2006 stehen dafür in Schleswig-Holstein jährlich insgesamt 35 Mio. Euro bereit. Der starke finanzielle Anreiz und der sektorübergreifende und regional ausgerichtete Ansatz der EU wurden in Schleswig-Holstein mit der Einführung des neuen LSE-Verfahrens für die Entwicklung der Ländlichen Räume verbunden, das die traditionelle Dorferneuerungsplanung zunächst überlagerte und später abgelöst hat.

Hinter der LSE verbirgt sich ein mehrstufiges, komplexes und flexibles Planungs- bzw. Entwicklungs-, Entscheidungs- und Umsetzungserfahren. Es ist gekennzeichnet durch

- einen prinzipiell gemeindeübergreifenden Ansatz,
- eine fach- und sektorübergreifende, d. h. fachlich integrative Arbeitsweise,

- eine ausgeprägte Handlungs- bzw. Projektorientierung sowie insbesondere
- einen aktivierenden Ansatz der Bürgermitwirkung.

Ergebnis einer LSE ist ein Entwicklungskonzept für einen Teilraum bzw. mehrere Gemeinden, das in Paketen von „klassischen“ Maßnahmen von öffentlichen und privaten Trägern im Rahmen der Dorfentwicklung oder in strukturverbessernden und gemeindeübergreifenden „Leitprojekten“ konkretisiert wird. Die Kosten des Verfahrens werden in der Regel zu je 20 % von Gemeinden und lokalen Banken und zu 60 % aus Landes- bzw. EU-Mitteln getragen.

Mitte 2003 waren in Schleswig-Holstein 70 LSE abgeschlossen, 20 bewilligt und weitere 10 in Vorbereitung, so dass der ländliche Raum bis auf wenige Ausnahmen flächendeckend „überplant“ ist. Bis 2006 stehen für die Dorf- und ländliche Regionalentwicklung jährlich 18,4 Mio. Euro zur Verfügung.

Neben „klassischen“ Maßnahmen der Dorfentwicklung im privaten und öffentlichen Bereich, die im Rahmen der LSE'n stimuliert und koordiniert werden, sollen in der LSE entwickelte Leitprojekte insbesondere strukturelle und regionale Impulse geben. Die bisher realisierten **Leitprojekte** zeigen ein breites Spektrum von Handlungsansätzen, je nach örtlicher Situation, Potential und Konstellation. Eine Auswahl:

- Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude
- Nutzung regenerativer Energien
- -Kinder- und Jugendprojekte
- -Konfliktbewältigung Naturschutz und Landwirtschaft
- -Stadt-Umland-Kooperationen
- Touristische Entwicklung
- Unterstützung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen
- Verbesserung der Grundversorgung und Kommunikation
- Förderung von Verwaltungskooperationen

5. Perspektive peripherer ländlicher Räume im EU-Kontext

Mit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 sind grundlegende Veränderungen in der Raumordnungspolitik eingetreten, die EU und damit auch Deutschland wird sich - etwa im selben Zeithorizont, in denen sich die demografischen Prognosen abspielen, also etwa bis 2050 - in seinen Raum- und Landschaftsstrukturen verändern. Die Grundmuster der heutigen Strukturen werden sicherlich noch erkennbar sein, aber langfristig sind tief greifende Änderungen zu erwarten (vgl. BBR, Szenarien, 2003). Die Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung des europäischen Kontinents gehen davon aus, dass sich durch differenzierte Raumordnungspolitik neun verschiedenen Regionstypen herausbilden werden:

Kulturlandschaften, Urbane Regionen, Ländliche Regionen, Gebirgslandschaften, Küsten- und Inselregionen, Eurokorridore, Überflutungsgebiete, brachfallende Industrie- und Militärgelände; Grenzregionen.

Ein Blick auf zwei Entwicklungsoptionen, die für alle Regionen von ausschlaggebender Bedeutung sind, zeigt, dass die peripheren ländlichen Regionen nicht nur in Deutschland zu einem Bereich werden, der nicht im Mittelpunkt des Interesses steht.

Der paneuropäische Verkehrskorridor verläuft im EU-Erweiterungsbereich in zehn Hauptlinien, die vor allem die großen Agglomerationsräume miteinander verbinden. In der generellen Darstellung der Erfordernisse zum sozialen Ausgleich zeigt sich, dass Kern-europa zu den stabilsten Teilen des gesamten Europas gehört. Eine kleinräumige Differenzierung ist auf dieser Ebene logischerweise zunächst nicht erfolgt.

Die Leitprinzipien für die räumliche Entwicklung gehen davon aus, dass sich nachhaltig und langfristig in allen Regionen lebenswerte Bedingungen schaffen lassen. Da in einer großen

Anzahl europäischer Mitgliedsländer ein Großteil der Bevölkerung auf dem Lande lebt, ist eines der wichtigsten Ziele, große Wanderungen in die Agglomerationszentren zu verhindern und die Lebensbedingungen auf dem Lande zu verbessern. Als Chance wird hier die Ansiedlung neuer Industrien und die Entwicklung des Tourismus gesehen. Bei kleinräumiger Betrachtung aber zeigt sich, dass die Potenziale für Entwicklungen in der Landwirtschaft, Industrie und des Tourismus noch sehr unterschiedlich im ländlichen Raum verteilt sind. Bezogen auf die räumliche Situation Deutschlands zeigte sich bereits bei Studien 2001, dass die räumlichen Folgen der Osterweiterung eher positive Folgen für die Regionen haben werden, die sich bereits bisher als wettbewerbsfähig erwiesen haben, die also bisher auch ohne Ausgleichsmaßnahmen in der Lage waren, sich im Wettbewerb der Regionen Europas zu behaupten. Nicht zuletzt stellte sich auch deshalb die Frage, ob viele Instrumente einer Ausgleichspolitik überhaupt greifen, greifen können, und nicht in Zukunft abgelöst werden sollten von Strategien und Instrumenten, die auf die inneren Voraussetzungen der Regionen eingehen, denen geholfen werden soll (BBR, EU-Erweiterung, 2001). Diese Frage gewinnt um so mehr an Aktualität, wenn die unterschiedlichen Szenarien der räumlichen Entwicklung Deutschlands auf ihre Aussagen zu den peripheren ländlichen Räumen hin näher betrachtet werden.

Bei den langfristigen Szenarien zeigt sich in der Trendfortschreibung wie auch in den alternativen Szenarien deutlich eine Konzentration auf Agglomerationsräume, in der Trendfortschreibung auf fünf Metropolregionen in Deutschland, in den anderen Szenarien auf acht bis zehn, die aber auch diese fünf enthalten. In keinem Szenario wird davon ausgegangen, dass sich die peripheren ländlichen Räume zu einem wachsenden oder stabilisierenden Element der Raumordnung entwickeln. In dem Szenario, das von einer neorationalen Funktionsteilung ausgeht, werden diese Räume von wenigen schmalen Ordnungskorridoren durchzogen, die einer raumverträglichen Bündelung von Siedlungsfunktionen und dominanten Verkehrs- und Logistikfunktionen dienen sollten.

Die Wahrscheinlichkeit der Anforderung für eine Raumordnungsplanung, die in den peripheren ländlichen Räumen auf die richtigen Strategien eines „geordneten Abbaus mit hoher Qualität setzt“, ist vor diesem Hintergrund gegeben, das stellt Anforderungen an die Gestaltung dieser Räume im gesamträumlichen Konzept Deutschlands.

6. Zusammenfassende Empfehlungen/Schlussfolgerungen

- Die Forderung nach der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in allen Räumen wird in Frage gestellt. Besondere Problembereiche werden die ländlichen Räume in strukturschwachen Regionen sein.
- Der Begriff der Gleichwertigkeit ist mit neuem Inhalt zu versehen. Es muss eine differenzierte Betrachtung der „Gleichwertigkeit von Räumen“ angestellt werden. Dies erscheint als eigenständiges Problemfeld, das es aufzuarbeiten gilt.
- Der periphere ländliche Raum ist als eigenständige raumordnerische Gebietskategorie zu definieren. Es sind Strategien für ihn zu entwickeln.
- Durch Abwanderungen und natürliche Bevölkerungsverluste in ländlichen Räumen treten erhebliche Struktur- und Leerstandsprobleme auf. Die Notwendigkeit von gezielt geplanten Umbaumaßnahmen Städte und zunehmend die Dörfer.
- Der Immobilienleerstand ist für Kommunen und Immobilienbesitzer ein nicht lösbares Problem (ehem. landwirtschaftliche Anlagen, Wohnhäuser, Gutshäuser ...).
- Es müssen Modellvorhaben zur Umnutzung funktionsloser Bausubstanz im ländlichen Raum entwickelt und Fördermöglichkeiten für Abriss und Umbau bereitgestellt werden.
- Durch ein zielgerichtetes Flächenmanagement sind Entwicklungen und Ansiedlungen im ländlichen Raum aktiv zu unterstützen.
- Das Sinken der Bevölkerungsdichte in ländlichen Teilräumen muss vor allem akzeptiert werden. Alle Versuche, größere Bevölkerungsmengen durch eine „künstliche“ Ansiedlung von Arbeitsstätten, die keine Basis in der Land- und Forstwirtschaft haben, zu

erhalten, sind längerfristig zum Scheitern verurteilt. Es werden Ressourcen und politische Kräfte vergeudet. Als Basisbevölkerung ist die Tragfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, ergänzt um Möglichkeiten aus dem Fremdenverkehr anzusetzen. daraus wären dann die Chancen für eine Mantelbevölkerung abzuschätzen.

- Die Nutzung der dem ländlichen Raum zuzuordnenden endogenen Potentiale müssen als wirtschaftliche Basis fungieren.
 - Entwicklung und Vermarktung nachwachsender Rohstoffe,
 - Festigung und Erweiterung der Produktionsstrukturen bei Erhöhung der regionalen Verarbeitungsmöglichkeiten,
 - Stärkere Vernetzung des ökologischen Landbaus, der Sonderkulturbewirtschaftung und Nischenproduktion über eine leistungsfähige Direkt- und Regionalvermarktung mit allen Bereich der Tourismuswirtschaft mit überregionalen Anbindungen,
- Inwertsetzung der oft einmaligen Kulturlandschaft des ländlichen Raumes mit seiner Naturausstattung und den kulturhistorisch wertvollen Gebäuden, Siedlungen, Parks u. a.
- Der ländliche Raum bietet Chancen für einen überregional auszulegenden ökologischen Ausgleich. Gleichzeitig wird damit eine Grundlage für andere Freizeitaktivitäten (sanfter Tourismus) gelegt, indem ein umfangreiches Angebot an Erholungsraum entstehen kann. Das bedingt aber auch eine Gestaltung der Landschaft, die sich deutlich von der Agrarindustrie abheben muss. es sind also gezielt Synergien zu schaffen.
- Die ohnehin disperse Siedlungsstruktur im ländlichen Raum sowie der weitere Rückgang der Bevölkerung verlangen Anpassungsstrategien in der sozialen und technischen Infrastruktur. Für die Versorgung in der Fläche bieten sich dezentrale und z. T. mobile Lösungen an.
- Dies erfordert gleichfalls veränderte Benutzergewohnheiten, veränderte Betriebssysteme und technische Lösungen sowie angepasste Organisationsstrukturen
 - Sicherung der Einzelhandelsversorgung über Synergieeffekte mit anderen Dienstleistungen (Markt-Treff; Nachbarschaftsläden) bzw. mobilen Versorgern,
 - Sicherung der medizinischen Versorgung über die Schaffung „Hausärztlicher Versorgungszentren“ in den Zentralen Orten,
 - Konzentration der Schulen/Berufsschulen in den Zentralen Orten und der Erschließung über ÖPNV (Schülerverkehr),
 - Dezentrale Lösungen in der technischen Infrastruktur (z. B. Abwasser),
 - Organisation des ÖPNV auf Siedlungsachsen und Schaffung flexibler Angebotsformen in der Fläche,
- Schrumpfung und Rückbau auch im ländlichen Raum bedürfen eines integrierten Planungsansatzes (vgl. ISEK für die Städte). Die Planungsinstrumente haben sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Ein Verzicht quantitativer Erfüllungszahlen bei der Dorfentwicklung muss zugunsten qualitativer Parameter ersetzt werden. Regionale Entwicklungskonzepte, Flächennutzungspläne, Dorferneuerungskonzepte, Lokale Agenden sind nur einige geeignete Instrumentarien. Infolge der kommunalen Finanznot wird eine Förderung derartiger Planungskonzepte notwendig.
- Förderprogramme für den ländlichen Raum sind auf die anzutreffen den Probleme auszurichten und aufeinander abzustimmen (z. B. Dorferneuerung - Städtebauförderung).
- Neuausrichtung der Instrumente der Raumordnung und Landesplanung auf die Situation im ländlichen Raum und zwingende Umsetzung landesplanerischer Ziele (Raumkategorie, Zentrale Orte, REK, RM).
- Anpassung der Verwaltungsstrukturen an die neuerlichen Rahmenbedingungen der Städte und Dörfer (Funktional- und Verwaltungsreform).

Anlage

Exkursion der Landesgruppe in den Landkreis Nordvorpommern

In Vorbereitung der Jahrestagung führte die Landesgruppe am 30. April und 1. Mai 2004 eine Exkursion in den **Landkreis Nordvorpommern** durch. Ziel war es, die Probleme in einem ausgesprochen strukturschwachen ländlichen Raum vor Ort kennen zu lernen und mit Vertretern der Kommunen ins Gespräch zu kommen. Seitens der Landesgruppe nahmen 14 Mitglieder teil. Folgende Fachgespräche und Besichtigungen fanden statt:

1. Gesprächsrunde mit 11 Bürgermeistern und Verwaltungsangestellten des Amtes Franzburg-Richtenberg in Franzburg.
2. Gespräch mit dem Landrat des Kreises Nordvorpommern, Herrn Molkentin und dem Bürgermeister der Gemeinde Süderholz, Herrn Drescher in Grimmen.
3. Besichtigung der Stadt Franzburg mit dem stellv. Bürgermeister, Herrn Kuhn und der Stadt Richtenberg mit dem Bürgermeister, Herrn Wegner.

Situation:

Der besichtigte ländliche Raum einschließlich seiner Gemeinden war bis 1989 voll auf die landwirtschaftliche Produktion eingestellt. Die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe war, wie in der DDR allgemein, dadurch gekennzeichnet, dass alle Nebenleistungen (Werkstatt, Küche, Kita, bis hin zu kulturellen Einrichtungen) Bestandteile dieser Betriebe waren, so dass Vergleiche der Ak-Zahlen unmittelbar zu verfälschten Einschätzungen führt. Fakt ist, dass einerseits in der Kernproduktion die Zahl erforderlicher Arbeitskräfte pro Flächeneinheit gesunken ist (von 300 AK auf 4-5 Ak auf 5000 ha) und andererseits Neben- und Folgeleistungen weggebrochen sind (z.B. Spirituosenproduktion in Richtenberg).

Das Stimmungsbild in den Gemeinden ist gekennzeichnet von Stolz auf Erreichtes nach 1990 wie auch von Zukunftssorgen bis hin zur Resignation

Zitat: „Eigentlich müsste man das menschliche Leben abschaffen, denn es ist völlig unwirtschaftlich!“

Gemeinde	EW 1990	EW 2003	Entw. auf	EW-Minus
Amt Franzburg/Richtenberg	10759	8968	83 %	1791
Franzburg	2294	1772	77 %	522
Glewitz	929	627	67 %	302
Gremersdorf- Buchholz	990	834	84 %	156
Papenhagen	548	623	117 %	(+ 75)*
Richtenberg	1884	1529	81 %	355
Splietsdorf	678	603	89 %	75
Velgast	2630	2084	79 %	546
Weitenhagen	309	267	86 %	42
Wendisch Baggendorf	497	584	118 %	(+ 87)*

* Papenhagen und Wendisch Baggendorf befinden sich in unmittelbarem Einflussgebiet der Kreisstadt Grimmen (6 bis 8 km).

Einwohnerentwicklung 1990 bis 2003

Der starke Einwohnerrückgang führte zur Minderauslastung der technischen und sozialen Infrastruktur wie auch zum Leerstand von Wohnungen und Gebäuden. Bedürfnisse (Bedarfe ?) werden bis auf Arbeitsplätze (und damit Verdienstmöglichkeit) im Wesentlichen gedeckt.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (A 20 berührt das Gebiet, in Richtung Westen bis auf Ausnahmen freigegeben, in Richtung Osten und Süden im Bau) wird als Fluch und Segen gleichzeitig verstanden. Einerseits ist sie Basis jeglicher wirtschaftlicher und touristischer Entwicklung, andererseits ist sie geeignet, großräumigere Pendlerstrukturen zu schaffen, die meist zur Abwanderung führen. Die Tragik besteht darin, dass letzteres zeitlich wesentlich schneller abläuft als die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen kann. Dann sind die (qualifizierten und „altersgerechten“) Arbeitskräfte bereits abgewandert.

Zur Gemeinde Süderholz, welche zwischen Grimmen und Greifswald liegt, haben sich 1999 sieben Gemeinden zusammengeschlossen, die zuvor ein gemeinsames Amt bildeten. Diese Gemeinde hat zur Zeit 4.600 Einwohner, ist aber laut Aussage des Bürgermeisters für die Zukunft zu klein, um handlungsfähig zu bleiben, zumal auch hier, nach einem Prozess des Einwohnerzuzugs aus den beiden umliegenden Städten, der zahlenmäßige Rückgang einsetzt. Die Reduzierung der Feuerwehren von 8 auf 4 ist ein Beispiel der sinnvollen Konzentration gemeindlicher Aufgaben. Betont wurde durch den Bürgermeister, dass die Beachtung jeder „Altgemeinde“ Ziel der Kommunalpolitik in Süderholz ist und die „Dorfkultur“ insgesamt von der Fusion profitiert habe.

Diskussionsmeinungen:

(Zitate von Bürgermeistern aus den Beratungen)

- Finanzwesen des Staates
Verantwortung der Kommunen wesentlich im Sinne der Finanzhoheit stärken
 - Die gesamte Haushalts“architektur“ stimmt nicht mehr, Kommunen werden zum Spielball von EU, Bund, Land, Treuhänder
 - z.B. Städtebauförderung → 1/3 der Mittel geht in Verwaltungen, Sanierungsträger usw.
 - Kreditierung der Städtebauförderung ist kaufmännischer Unsinn; Verschuldung der Kommunen hat durch die Inanspruchnahme von SB-Fördermittel zugenommen.
 - Grundsteuer und Grunderwerbssteuer zu bürokratisch
 - massiver Werteverfall der Grundstücke und Immobilien
- Bürokratieabbau erforderlich
Beziehungen Land/Kreis und Kreis/Amt vereinfachen;
 - Fremdleistungen einkaufen, z.B. Planung für Straßenbau
 - „Beiräte“ (im weitesten Sinne) verschlanken, z.B. Landkreistag nur als Treffen der Landräte
 - Grundsätzliche Veränderung des Schulsystems erforderlich (Trennung Land/Kommune aufheben), freie Schulwahl muss garantiert werden
 - Flurordnung wird zu bürokratisch gehandhabt
 - Die Gentechnologie wird in der Medizin längst erlaubt, warum nicht auch in der Landwirtschaft? Sonst geht die Technologie ins Ausland.
 - Verwaltungsaufwand für Fördermittelbeantragung zu hoch.Umlageproblematik bei der Überdimensionierung der technischen Systeme muss geklärt werden

Die Kombination aus Mängelverwaltung und staatlicher Mittelzuweisung wurde von einem Teilnehmer als Gemisch aus Frühkapitalismus und Sozialismus beschrieben.

Der in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts trockengelegte Richtenberger See soll aus Ausgleichsmaßnahme für den Bau der A 20 wieder mit Wasser gefüllt werden. Die psychologische Wirkung dieses Vorhabens war nicht zu übersehen bzw. zu überhören. Dennoch muss die Frage gestellt werden, wem der Austausch eines Biotops (die Natur hat sich die Fläche längst eingefangen) gegen ein anderes nützt. Baden wird im künftigen See

nicht erlaubt sein. War es hier einfach nur unkompliziert, staatlich verordnete Steuergelder zu verbrauchen?

Ausblick

- Es ist zu erwarten, dass infolge der Produktionsbedingungen die Anzahl der erforderlichen Arbeitskräfte nicht zunimmt, d.h., die Bevölkerung wird weiter abnehmen.
- Da in der Regel die „Kräftigsten“ die Region verlassen, wird ein Zustand eintreten, in welchem zahlenmäßig noch ausreichend Menschen in der Region wohnen werden, die jedoch nicht alle zur Aufrechterhaltung des Arbeitspotenzials geeignet sind (Alter, Qualifizierung, usw.). Dies wird dazu führen, dass Menschen „einwandern“ werden, die dieses Arbeitspotenzial ausfüllen (Ausländer ?) Die Notwendigkeit der sozialen Sicherung der „Zurückgebliebenen“ wird die Gebietskörperschaften weiterhin belasten.

Dieser Prozess wird nicht aufgehalten werden können, bestenfalls gebremst. Und hier gibt es nur eine Möglichkeit: So früh wie möglich so viel wie möglich weitere Arbeitsplätze schaffen! Jede Idee muss geprüft und ggf. ausprobiert zu werden. Eine erhebliche Reserve kann erschlossen werden, wenn alles ausgeschaltet wird, was unnützlich Kraft und Zeit kostet – dies ist vor allem die übermäßige Bürokratie. Hierzu muss der Handlungsspielraum der Kommunen wesentlich erhöht werden. Dies kann u.a. geschehen durch:

1. Umwandlung von Fördermitteln in Finanzzuweisungen
2. Zusammenschluss zu größeren Gemeinden, so dass z.B. das Potenzial zur Unterhaltung einer (Teil-)Grundschule innerhalb einer Gemeinde entsteht.

Ansonsten wird das erforderlich sein, was einer der Bürgermeister thesenhaft formulierte:

„Man findet einen Investor nur noch, wenn man ihn abholt“



Exkursionsbilder der Landesgruppe